

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Forschung in Oldenburg: DLR-Institut eröffnet

Mobilität der Zukunft im Fokus

Nach drei Jahren ist es so weit: Wir haben das DLR-Institut Systems Engineering für zukünftige Mobilität in Oldenburg eröffnet. Damit beginnt ein neues Kapitel für das Institut – und für den Spitzenforschungs-Standort Oldenburg.

Im Bundeshaushalt 2020 haben wir seinerzeit beschlossen, dass wir aus dem Bereich Verkehr des Oldenburger Informatik-Instituts OFFIS ein Institut des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) machen. Damit einher gehen eine Bundesförderung von 7,2 Millionen Euro pro Jahr und viele hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Bei der offiziellen Eröffnung in der Alten Fleiwa hat die Vorstandsvorsitzende des DLR, Prof. Anke Kaysser-

Pyzalla, in die Arbeit des DLR und die Zusammenarbeit der verschiedenen Institute eingeführt. Der Institutsleiter, Prof. Axel Hahn, hat die Arbeit in Oldenburg vorgestellt. In zwei Podiumsrunden haben Menschen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, darunter auch ich, über die Herausforderungen der Mobilität der Zukunft diskutiert.

Was verbirgt sich eigentlich hinter dem Namen DLR-Institut Systems Engineering für zukünftige Mobilität? Vor allem wird hier in Oldenburg erforscht, wie die autonome und automatische Mobilität der Zukunft sicher ablaufen kann. Beheimatet ist das Institut auf dem neuen IT-Campus IQON, den wir ebenfalls aus dem Bundeshaushalt fördern.

Moin!

Nach langen Jahren der Pandemie ist es nun wieder möglich, mit euch wieder regelmäßig persönlich ins Gespräch zu kommen. Deshalb freue ich mich besonders, dass ich zusammen mit den Landtags- und kommunalen Abgeordneten vor Ort mein Diskussionsformat **„75 Minuten Klartext“** wieder belebe. Ich lade euch herzlich ein, zusammen mit Hanna Naber MdL, Ulf Prange MdL und mir zu diskutieren. Wir treffen uns um **10.00 Uhr am Samstag, den 25. Februar im Café „Herz“**, Stedinger Straße 26, 26122 Oldenburg.

Wie funktioniert „75 Minuten Klartext“? Ihr könnt ohne thematische Eingrenzungen Fragen stellen, die wir Abgeordneten dann in unter zwei Minuten beantworten. So ist es möglich, dass möglichst viele Themen zur Sprache kommen. Bewusst müsst ihr euch nicht auf Themen aus Bundes- und Landespolitik beschränken. Ulf und Hanna beantworten als Mitglieder des Stadtrats gerne auch die Fragen, die euch kommunalpolitisch unter den Nägeln brennen.

Ich freue mich sehr, euch und möglichst viele eurer FreundInnen und Bekannten zu begrüßen!

Ever 101's

So reformieren wir das Wahlrecht

Größe des Bundestages wird auf 598 Mandate festgelegt

Seit Jahren wächst der Bundestag immer weiter an. Statt der eigentlich vorgesehenen Größe von 598 Abgeordneten sind es in der aktuellen Legislaturperiode 736 ParlamentarierInnen. Das liegt daran, dass der Zweitstimmenanteil der großen Volksparteien niedriger ist als früher, diese Parteien – also die SPD und die Unionsparteien – nach wie vor aber fast alle Wahlkreise gewinnen. So entstehen viele Überhangmandate, die durch Ausgleichsmandate für die anderen Parteien kompensiert werden müssen. Die Folge ist ein stark angewachsener Bundestag, der tatsächlich Platzprobleme bekommt.

Das ist eigentlich seit Jahren klar. Doch vor allem die CSU, die besonders von Überhangmandaten profitiert, stemmte sich lange gegen eine effektive Verkleinerung. Jetzt jedoch liegt der Vorschlag der Ampelfraktionen auf dem Tisch.

Was sich im Kern ändert: Wahlkreismandate werden in Zukunft nur noch zugeteilt, wenn sie durch den Anteil der Hauptstimmen (früher Zweitstimmen) der jeweiligen Partei gedeckt sind. Erhält eine Partei also in einem Bundesland 35% der Hauptstimmen, „gewinnt“ aber 50% der Wahlkreise über die dortigen Wahlkreisstim-

men (früher Erststimmen), werden ihr nur genügend Mandate für 35% der Wahlkreise zugeteilt. Es entfallen diejenigen Mandate, bei der die BewerberInnen der jeweiligen Partei den geringsten Anteil an Wahlkreisstimmen erhalten haben.

Das heißt: Die Größe des Bundestages wird garantiert auf 598 Sitze festgelegt und kann nicht wie bisher durch Überhangmandate wachsen. Dennoch entspricht die Sitzverteilung genau dem Verhältnis der Hauptstimmen. Eine Vergrößerung der Wahlkreise wie ursprünglich vorgesehen ist dadurch nicht mehr nötig.



HINTER DEN KULISSEN

Frankreich: Sechzig Jahre Élysée-Vertrag

Die Zusammenarbeit mit der Nationalversammlung

Am 22. Januar 1963 wurde der Élysée-Vertrag zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Französischen Republik unterzeichnet, der als Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft gilt. In diesem Jahr sind der Bundestag und die Französische Nationalversammlung zu einem Festakt und einer Arbeitssitzung im Grand Amphithéâtre der Pariser Universität Sorbonne zusammen gekommen. Die erste gemeinsame Sitzung der beiden Parlamente fand 2003 zum 40. Jahrestag statt. Bei dem Festakt haben sich beide Parla-

mente darauf verständigt, weiterhin die Ukraine angesichts des russischen Angriffskriegs zu unterstützen.

Die Arbeitssitzung am Nachmittag fand in der Nationalversammlung statt. 80 Schülerinnen und Schüler von vier deutsch-französischen Gymnasien waren als Teil einer Jugendbegegnung ebenfalls bei der Veranstaltung dabei. Denn im Élysée-Vertrag spielt der Jugendaustausch eine zentrale Rolle. Das Deutsch-Französische Jugendwerk war ein Ergebnis dieses Vertrages.

Neben den gemeinsamen Sitzungen des Bundestages und der Nationalversammlung kommen ParlamentarierInnen auch in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung zusammen. Diese wurde 2018 zum 55. Jahrestag eingesetzt. Hier kommen 50 Mitglieder des Bundestages und 50 Mitglieder der Nationalversammlung zusammen. Neben den Präsidentinnen der beiden Parlamente hat diese Versammlung einen eigenen Vorstand, dessen Zusammensetzung sich an der Stärke der Parlamente orientiert.



Anerkennung des Völkermordes

Bundestag befasst sich mit Genozid an ÊzîdInnen

Dem Terrorregime des so genannten Islamischen Staates (IS) sind unzählige Menschen im Irak und Syrien zum Opfer gefallen. Darunter auch zahlreiche Angehörige der Gemeinschaft der Êzîdinnen und Êzîden. Mehr als 5.000 von ihnen wurden insbesondere 2014 bei einem Angriff des IS auf ihre Siedlungsgebiete im Norden des Irak, die Region Sindschar/Shingal, ermordet, viele weitere mussten ihre Heimat verlassen und fliehen. Auch durch die Verschleppung, Versklavung und Vergewaltigung vor allem von Frauen verfolgte der IS das Ziel, die êzîdische Gemeinschaft auszulöschen.

Vor diesem Hintergrund haben die Koalitionsfraktionen sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Januar einen gemeinsamen Antrag in den Bundestag eingebracht. Fortan werden die Verbrechen des IS von 2014 gegen die Êzîdinnen und Êzîden als Völkermord anerkannt. Um eine gründliche politische und juristische Aufarbeitung sicherzustellen, wird die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene mit dem Irak gestärkt und die Beweiserhebung im Irak gefördert. Um IS-Angehörige leichter vor Gericht zu bringen, wollen wir die Schaffung einer gesonderten Rechtshilfeeinheit.

In Oldenburg und im Ammerland gab es schon vor dem Völkermord viele Êzîdinnen und Êzîden, die eine aktive Gemeinschaft gebildet haben. Ab 2014 kamen noch zahlreiche Geflüchtete dazu. In Gesprächen mit der Gemeinschaft vor Ort habe ich mich seinerzeit über die Integration der neu Eingetroffenen und die Situation im Irak informiert und zwischen den Engagierten vor Ort und den zuständigen Bundesbehörden vermittelt. Ich freue mich, dass viele Geflüchtete sich in Oldenburg ein neues Leben aufbauen konnten. Und dass mit dem Beschluss des Bundestages auch ihr Leid anerkannt wird.



FRAKTIONSKLAUSUR

Mehr Tempo in Planungsverfahren

So wollen wir für schnelleres Planen und Bauen sorgen

Lange Genehmigungsverfahren für Bau und Planung waren lange auch für private Bauherren ein großes Ärgernis. Bei der Klausurtagung der SPD-Fraktion im Januar haben wir besprochen, wie wir dieses Thema gemeinsam angehen können. Wir wollen das derzeit angewandte beschleunigte Verfahren zur Genehmigung von LNG-Terminals auch auf weitere große Projekte im Infrastrukturbereich übertragen. Wohnungen, Verkehrswege sowie Windkraft- und PV-Anlagen sollen so schneller geplant und gebaut werden können.

Das Raumordnungsverfahren zieht eine große Menge an berechtigtem planerischem Aufwand nach sich. Diesen wollen wir reduzieren. Planungsverfahren werden oft durch Rechtsstreitigkeiten verlängert. Wir wollen die Behebung von Verfahrensfehlern erleichtern. Einzelne Projekte sollen nur durch direkt regional Betroffene beklagt werden können. Bei einer guten Vorplanung, die alle beteiligten Gruppen und Personen mit einbezieht, können Projekte dadurch wesentlich schneller begonnen und beendet werden.

Als Bund fassen wir uns aber auch an die eigene Nase: Bei den Programmförderungen des Bundes soll zukünftig noch stärker darauf geachtet werden, die Vergabe, Verteilung und Abrechnung übersichtlich darzustellen. Die Ressourcen zur Planung und Umsetzung bei den antragsstellenden Stellen sollen dadurch geschont und die Verfahren beschleunigt werden. Als Mitglied des Haushaltsausschusses freue ich mich, diese Schritte gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen zu beraten und umzusetzen.



Foto: Rainer Sturm/pixelio.de



Sozialdemokratische Politik in der Zeitenwende

Beschluss der Bundestagsfraktion

Am 27. Februar 2022 hat Olaf Scholz im Deutschen Bundestag als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit der Zeitenwende einen Wendepunkt in unserer Verteidigungspolitik angekündigt. Im letzten Jahr war der Bundesvorsitzende der SPD, Lars Klingbeil, zweimal in meinem Wahlkreis zu Gast, um mit den Genossinnen und Genossen vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Bei der Jahresauftaktklausur der SPD Bundestagsfraktion haben wir dann ein Positionspapier zu unserer internationalen Politik in der Zeitenwende besprochen. Frieden und Si-

cherheit bleiben selbstverständlich Grundpfeiler internationaler sozialdemokratischer Politik. Wir sind uns unserer globalen Verantwortungsbewusst und machen attraktive Angebote an den globalen Süden. Insbesondere progressive Regierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind natürliche Partner für verstärkte Zusammenarbeit etwa beim Thema Klimaschutz.

Ich freue mich darauf, dieses wichtige Thema auch weiterhin mit euch im Wahlkreis zu diskutieren und die Ergebnisse mit in die Bundestagsfraktion zu nehmen.

Geschichte des Sports in der Region wird aufgearbeitet

Projekt „Unpolitische Orte?“

Mit dem Bundeshaushalt 2021 haben wir im Deutschen Bundestag beschlossen, das Projekt „Unpolitische Orte? Sportstätten und ihre gesellschaftliche Bedeutung“ der Oldenburgischen Landschaft zu fördern. 190.000 Euro haben wir dafür bereitgestellt, die Geschichte von Sportstätten in der Region und ihre Einbettung in politische Zusammenhänge zu erforschen. Bei einem Treffen hat Projektleiterin Merle Bülter nun vor kurzem den Fortschritt des Projekts vorgestellt.

Warum ist das wichtig? Viele von uns sind oft in Stadien, Turnhallen und Schwimmbädern – ob als Sporttreibende oder Zuschauer. Doch die Geschichte dieser Orte ist bislang kaum erforscht. Dabei stellt sich die Frage, wie und von wem Sportstätten genutzt wurden – auch in finsternen Zeiten wie der NS-Diktatur.

Ich freue mich sehr, den Fortschritt des Projekts zu sehen. Es ist richtig, dass wir als Bund in die Regionalgeschichte investieren!



Nicht nur bei „75 Minuten Klartext“ könnt ihr mit mir ins Gespräch kommen. Ich freue mich, wenn ihr für eure Anliegen, politischen Impulse oder auch Kritik auch meine Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro nutzt.

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am

**Montag, 20. Februar 2023
ab 13.00 Uhr
Huntestraße 23,
26135 Oldenburg.**

Zur Anmeldung bitte ich euch um einen Anruf unter 0441 99 86 76 01 oder eine Mail an dennis.rohde@bundestag.de.

**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

@ www.dennisrohde.de
f facebook.com/dennis.rohde
t twitter.com/dennisrohde